

Bundesamt für Umwelt BAFU  
Sektion Politische Geschäfte  
3003 Bern

Bern, 6. September 2016  
Umwelt Frühling 2017 / MM

**Verordnungspaket Umwelt Frühling 2017**  
**Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

**Änderung der Gewässerschutzverordnung (GSchV)**

Mit der Umsetzung der Motion der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerates „15.3001 Schaffung von Handlungsspielraum in der Gewässerschutzverordnung“ werden einerseits Anliegen von diversen kantonalen und nationalen Vorstössen aufgenommen und andererseits dem Kompromiss Rechnung getragen, der zum Rückzug der Volksinitiative "Lebendiges Wasser" geführt hat. Im Sinne der FDP.Die Liberalen wird damit der ursprüngliche Wille der diversen Vorlagen aufgenommen, ohne jedoch das Gewässerschutzgesetz (GSchG) anpassen zu müssen.

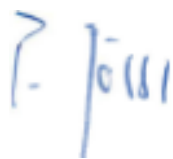
Die FDP begrüsst darum auch den vorliegenden Entwurf zur Änderung der Gewässerschutzverordnung. Sie führt zu einer Erweiterung des Handlungsspielraumes für die Kantone, womit den lokalen Gegebenheiten besser Rechnung getragen werden kann. Obwohl der vorgeschlagene Entwurf in die richtige Richtung geht, sind die Verordnungsanpassungen aber zu zögerlich. Im Bereich Baugebiet und Kleingewässer sollte der Spielraum für die Kantone noch zusätzlich erweitert werden.

Bei der Änderung der Verordnung zum Bundesgesetz über Fischerei (VBGF), der Revision der Altlasten-Verordnung (AltIV) und der Änderung der PIC-Verordnung (ChemPICV) wird auf eine Stellungnahme verzichtet.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen  
Die Präsidentin



Petra Gössi  
Nationalrätin

Der Generalsekretär



Samuel Lanz